

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

60c. Ministerrat

27. Juli 2026

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 23. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 21. Mai 2026 betreffend „Überarbeitung der geplanten Polizeidienstzeit-Reform“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 30. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 11. Juni 2026 betreffend „Hebammenberatung im Rahmen des elektronischen Eltern-Kind-Passes (eEKP)“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 30. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 11. Juni 2026 betreffend „Einheitliche Abgeltung von Waldbrandbekämpfungskosten“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 30. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 11. Juni 2026 betreffend „Mehr Sicherheit für Frauen und Mädchen in Schwimmbädern“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 1. Juli 2026, mit dem eine Entschließung vom 10. Juni 2026 betreffend „Eltern in die Pflicht nehmen – Konsequenzen bei fehlender Mitwirkung in der Sprachförderung“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 23. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2026 betreffend „Gleichstellung des Lehrpersonals und Kostenrefundierung des Bundes für Lehrpersonen im Bereich Pflegeausbildung“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 3. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 1. Juli 2026 betreffend „Langfristige Absicherung der Pflegefinanzierung sicherstellen“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 7. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 1. Juli 2026 betreffend „Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung beim Hospiz- und Palliativfonds“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 9. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 2. Juli 2026 betreffend „Gerechte Verteilung der Stromnetzkosten im Rahmen der Energiewende“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2026 betreffend „Verfassungskonforme Befreiung von Studiengebühren für berufstätige Studierende“ vorgelegt wird.

11. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2026 betreffend „Stärkung der Justiz, des Strafvollzuges und zur Sicherung einer wohnortnahen Gerichtsbarkeit“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2026 betreffend „Geordnete teilweise Stilllegung von Gasverteilnetzen und Umsetzung der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2026 betreffend „Faire Netzkosten, leistbare Energie und mehr Unabhängigkeit für das Burgenland“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2026 betreffend „Bundesweit einheitliche Qualitätssicherung und Finanzierung im Bereich der außerklinischen Langzeitbeatmung“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2026 betreffend „Maßnahmen gegen die zunehmende Überschuldung durch Konsumkredite“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 7. Juli 2026 betreffend „Keine Schließung der Bezirksgerichte Mattersburg und Oberpullendorf“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 1. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 25. März 2026 betreffend „Staatsbürgerschaft“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages vom 29. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2026 betreffend „Klares Bekenntnis zur gewaltfreien Erziehung – jedes Kind soll frei von Angst und Gewalt groß werden“ vorgelegt wird.
19. Schreiben des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages vom 29. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2026 betreffend „Neuen mehrjährigen Finanzrahmen (2028 bis 2034) der EU“ vorgelegt wird.
20. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 2. Juli 2026, mit dem vier Resolutionen und 35 Anträge der 5. Vollversammlung vom 27. Mai 2026 vorgelegt werden.
21. Schreiben der Landwirtschaftskammer Burgenland vom 29. Juni 2026, mit dem eine Resolution vom 18. Juni 2026 betreffend „Absicherung der bäuerlichen Landwirtschaft und der heimischen Lebensmittelversorgung“ vorgelegt wird.
22. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 6. Juli 2026, mit dem eine Entschließung vom 6. Juli 2026 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt werden.

23. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 3. Juli 2026, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2026 betreffend „Keine Kürzungen bei der Bewährungshilfe“ vorgelegt wird.
24. Schreiben von zwei Gemeinden (Kindberg, Neuberg a.d. Mürz), mit denen Resolutionen „zur Aufrechterhaltung des Bezirksgerichtes Mürzzuschlag“ vorgelegt werden.
25. Schreiben des Bürgermeisters von Bleiburg vom 1. Juli 2026, mit dem eine Resolution „zum Erhalt des Bezirksgerichtes Bleiburg“ vorgelegt wird.
26. Schreiben von zwei Gemeinden (Kaltenberg, Steyregg), mit denen Resolutionen „Gegen die Taxonomie, den Ausbau der Atomkraft und ein grenznahe Endlager“ vorgelegt werden.
27. Schreiben von zwei Gemeinden (Traisen, Kirchschlag), mit denen Resolutionen betreffend „Regional statt Global – Bedrohung durch Mercosur und Ukraine Importe“ vorgelegt wird.
28. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 15. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 9. Juli 2026 betreffend „Einheitliche Strom-Netzgebühren in Österreich“ vorgelegt wird.
29. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 14. Juli 2026, mit dem eine EntschlieÙung vom 9. Juli 2026 betreffend „Ein Mandat, so flexibel wie das Leben: Stimmrechtsübertragung ermöglichen“ vorgelegt wird.
30. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 13. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 1. Juli 2026 betreffend „Sternenkind-Mütter müssen besser geschützt werden – Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes“ vorgelegt wird.
31. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 16. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 1. Juli 2026 betreffend „Steuerliche Entlastung und Erweiterung der Möglichkeiten für Gemeindekooperationen“ vorgelegt wird.
32. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 18. Juli 2026, mit dem ein Beschluss vom 2. Juli 2026 betreffend „Beibehaltung aller Bezirksgerichte in Niederösterreich als wesentliche Säule unseres Rechtsstaates“ vorgelegt wird.
33. Schreiben des Bürgermeisters von Oberpullendorf vom 17. Juli 2026, mit dem eine Resolution „zum Erhalt des Bezirksgerichtes Oberpullendorf“ vorgelegt wird.
34. Schreiben des Bürgermeisters von Winden am See vom 14. Juli 2026, mit dem ein Beschluss betreffend „Überweisung der Abgabenertragsanteile“ vorgelegt wird.
35. 90/E-NR/XXVIII.GP vom 6. Juli 2026 betreffend „Unterstützung des Projekts der Schaffung eines Minderheiten- und Autonomiezentrums in Bozen“ (Wortlaut siehe Beilage).

36. 91/E-NR/XXVIII.GP vom 6. Juli 2026 betreffend „Einsatz für eine nachhaltige Friedensperspektive im Nahen Osten“ (Wortlaut siehe Beilage).
37. 92/E-NR/XXVIII.GP vom 6. Juli 2026 betreffend „Faire Wettbewerbsbedingungen durch wirksame Importkontrollen bei Agrarerzeugnissen aus Drittstaaten sicherstellen“ (Wortlaut siehe Beilage).
38. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 15. Juli 2026, mit dem ein Resolutionsantrag vom 1. Juli 2026 betreffend „Verlängerung der 15a-Vereinbarung Elementarpädagogik“ vorgelegt wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 6. Juli 2026

betreffend Unterstützung des Projekts der Schaffung eines Minderheiten- und Autonomiezentrums in Bozen

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, das Projekt der Schaffung eines Zentrums für Autonomie- und Minderheitenfragen in Bozen aktiv zu unterstützen und sich dabei in Kooperation mit Italien dafür einzusetzen, dass diesem Projekt in internationalen Foren angemessene Beachtung und Publizität zukommt und sich insbesondere auch die Vereinten Nationen beziehungsweise in ihrem Rahmen dafür zuständige Organe und Unterorganisationen in angemessener Weise in die Arbeit des Zentrums einbringen, um so die internationale Vorbildwirkung der Südtirol-Autonomie zur Geltung zu bringen.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-07-07T18:19:13+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	

Entschlieung

des Nationalrates vom 6. Juli 2026

betreffend Einsatz für eine nachhaltige Friedensperspektive im Nahen Osten

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert,

- sich im Rahmen der bevorstehenden sterreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2027-2028 sowie in anderen Foren der Vereinten Nationen für einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten einzusetzen;
- Initiativen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union zu unterstützen, um die Resilienz und Stabilität Syriens, des Libanons sowie der gesamten Region zu stärken, politische Reformen zu unterstützen und die wirtschaftliche Lage der beiden Länder nachhaltig zu verbessern;
- sich auf europäischer und internationaler Ebene, einschließlich in den Vereinten Nationen, für die Umsetzung des Gaza Friedensplans einzusetzen;
- weiterhin diplomatische Lösungen zur Erreichung eines dauerhaften Waffenstillstandes in Gaza zu unterstützen, sich für eine weitere Verbesserung der humanitären Lage in Gaza einzusetzen und Österreichs Einsatz für eine Zweistaatenlösung auf Basis des Völkerrechts und der relevanten Resolutionen der Vereinten Nationen zum Ausdruck zu bringen;
- sich auf internationaler Ebene gegen den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau im Westjordanland, einschließlich in Ostjerusalem, als ein massives Hindernis für eine Zweistaatenlösung, auszusprechen;
- Gewalt, Aufrufe zu und Unterstützung bzw. Begünstigung von Gewalt und Nichteinhaltung des Völkerrechts gegenüber allen Seiten weiterhin klar zu verurteilen;
- sich weiterhin für die dauerhafte Entwaffnung der radikal-islamistischen Terrororganisation Hamas und anderer nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen einzusetzen;
- sich im Sinne des humanitären Völkerrechts im Rahmen der Vereinten Nationen, der EU und auf bilateraler Ebene für einen besseren Schutz von Journalistinnen und Journalisten im Nahen Osten einzusetzen.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-07-07T18:20:46+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 6. Juli 2026

betreffend faire Wettbewerbsbedingungen durch wirksame Importkontrollen bei Agrarerzeugnissen aus Drittstaaten sicherstellen

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft sowie der Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus sowie die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, werden ersucht,

- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die vereinbarten Schutzklauseln und Sicherheitsvorkehrungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse konsequent umgesetzt werden;
- auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass Rückstandshöchstgehalte für Pflanzenschutzmittelwirkstoffe, die in der Europäischen Union nicht zugelassen sind und besonders gefährliche Eigenschaften aufweisen, bei Importprodukten aus Drittstaaten weiter verschärft werden können, sofern dies wissenschaftlich begründet und unionsrechtlich zulässig ist;
- auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass der Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission u.a. für Carbendazim, Benomyl und Thiophanat-methyl rasch vorgelegt wird;
- die Versorgungssicherheit mit hochwertigen Lebensmitteln sowie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Land- und Lebensmittelwirtschaft als strategische Priorität zu behandeln und auf faire Wettbewerbsbedingungen zu achten.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-07-07T18:22:03+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	